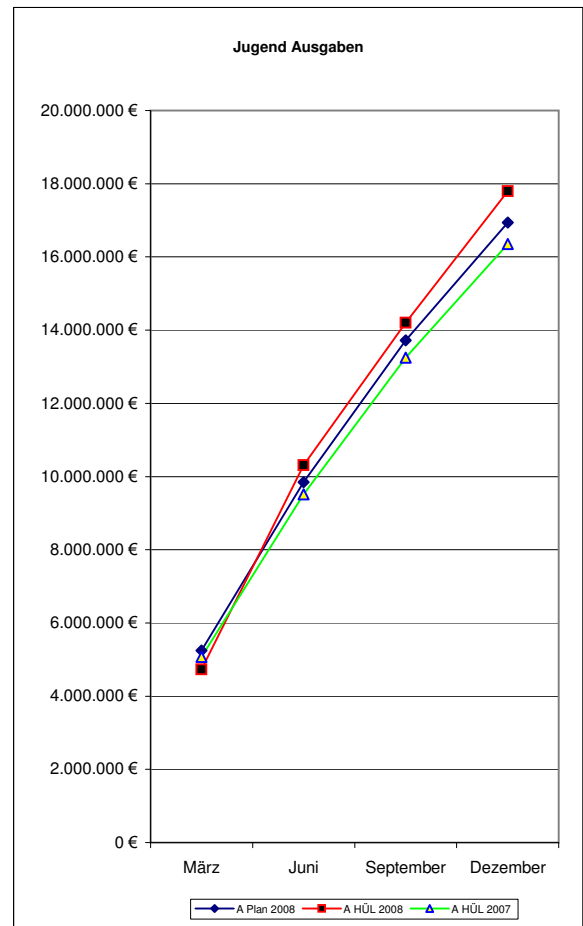
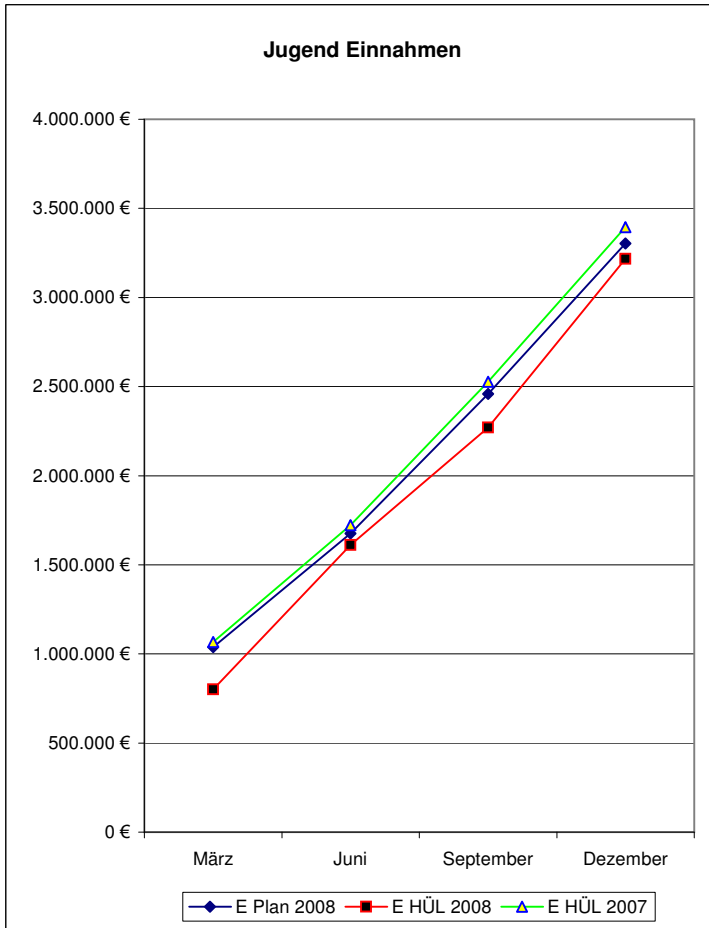


E/A	Ansatz		März	Juni	September	Dezember	Erfüllungs-grad	
E	3.302.900,00 €	E Plan 2008	1.037.569,18 €	1.675.286,31 €	2.458.391,18 €	3.302.900,00 €		
E		E HÜL 2008	801.687,03 €	1.611.371,56 €	2.269.865,15 €	3.217.143,74 €	97,40%	
E	2.751.800,00 €	E HÜL 2007	1.066.291,41 €	1.721.661,97 €	2.526.444,93 €	3.394.331,64 €		
			März	Juni	September	Dezember		
A	16.938.900,00 €	A Plan 2008	5.251.029,06 €	9.849.582,71 €	13.720.390,24 €	16.938.900,00 €		
A		A HÜL 2008	4.730.588,22 €	10.314.200,67 €	14.202.641,52 €	17.795.583,50 €	#####	
A	16.449.200,00 €	A HÜL 2007	5.070.694,50 €	9.511.321,37 €	13.249.194,89 €	16.357.172,31 €		



### Einnahmen:

Die Einnahmen haben in etwa der Planung entsprochen. Die Mindereinnahmen des Budgets in Höhe von 85.756,26€ resultieren insbesondere aus geringeren Einnahmen der Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden für stationäre Hilfen zur Erziehung. Die Planung für diesen Bereich gestaltet sich schwierig, da bereits ein Abweichen von der Planung mit einem Zahlfall je Monat über das Jahr gesehen Mehr- oder Minderausgaben in Höhe von rd. 50.000,- € bedeuten kann. Insgesamt gesehen weicht die Planung von den tatsächlichen Einnahmen um 2,6 % ab.

### Ausgaben:

Im Bereich der Ausgaben konnte der den Vorgaben entsprechend sparsam geplante Ansatz leider nicht gehalten werden. Die Mehrausgaben betragen 856.683,50€, entsprechend einer prozentualen Überschreitung um 5,06 %. Der Grund für die Mehrausgaben liegt im Bereich des Deckungskreises der Hilfen zur Erziehung. Hier mussten Mehrausgaben in Höhe von rd. 1,26 Mio. € geleistet werden, von denen rd. 404.000,- € aus dem Bereich des Budgets des Jugendamtes gedeckt werden konnten.

Die Hilfeart der gemeinsamen Unterbringung von Vätern/Müttern mit Ihren Kindern überstieg den Ansatz um rd. 147.000,-€. Begründet ist diese Abweichung in einem Anstieg von 4 auf bis zu 6 Zahlfälle je Monat und gestiegenen Kosten. Der Pflegesatz pro Monat lag im Jahr 2008 bei durchschnittlich 5.800,-€.

Angestiegen sind auch die Kosten für die Erstattungen an Gemeinde und Gemeindeverbände. Hier sind Kostenerstattungen nach dem SGB VIII für stationäre Unterbringungen der Kinder und Jugendlichen zu leisten, deren Eltern oder Elternteile in den Bereich des Landkreises umziehen. Steuerbar sind diese Umzüge nicht, so dass Mehrausgaben in Höhe von rd. 171.100,- € entstanden.

Die Mehrausgaben im Bereich der Vollzeitpflege betragen rd. 126.800,- €. Die Alternative zu Unterbringungen in Vollzeitpflegestellen wäre die Heimunterbringung, die jedoch mit monatlichen Pflegesätzen von rd. 3.500,- € pro Fall abgegolten werden müssten. Dem gegenüber stehen durchschnittliche Kosten pro Monat für eine Vollzeitpflege in Höhe von rd. 860,- €. Diesen Umstand berücksichtigt, relativiert sich diese Mehrausgabe.

Besonders angestiegen sind die Kosten für den Bereich der Inobhutnahmen. Hier macht sich das Fehlen kostengünstigerer Pflegefamilien zur Aufnahme der Kinder und Jugendlichen bemerkbar; diese müssen in teureren stationären Einrichtungen untergebracht werden. Neben den gestiegenen durchschnittlichen monatlichen Zahlfällen von 12 auf 16 schlugen die gestiegenen Kosten je Fall und Monat mit durchschnittlich 2.329,- € (2007 = rd. 1.688,- €) zu Buche. Die Mehrausgaben dafür betragen rd.175.400,- €.

Heimunterbringungen sind in 2008 nach leichtem Rückgang der Fallzahlen in 2007 wieder angestiegen. Durchschnittlich waren rd. 50 monatliche Zahlfälle zu rd. 3.451,- € zu verzeichnen. Hier spiegelt sich die Problematik wider, dass zwar im Landkreis relativ günstige Konditionen mit den Leistungsanbietern verhandelt werden konnten. So liegt der durchschnittliche Satz für eine Heimunterbringung bei rd. 3.200,-€. Im Vergleich dazu beträgt der Landesdurchschnitt 3.900,- €. Jedoch muss infolge der Fremdbelegung durch auswärtige Träger und den pädagogischen Vorgaben des Einzelfalles auf teurere Einrichtungen zurückgegriffen werden. Mit Stand 30.06.2008 konnten nur 20 % der Heimunterbringungen in Einrichtungen innerhalb des Landkreises erfolgen. Die Kosten für den einzelnen Zahlfall stiegen im Vergleich zu 2007 pro Monat um durchschnittlich 74,-€. Im Hinblick auf die prognostizierten 46 monatlichen Zahlfälle zu 3.298,- €, betragen die Mehrausgaben rd. 243.200,- €.

Die Mehrausgaben für die Hilfearten Clearing und Krisenintervention lagen bei 172.300,- €. Grund für die Mehrausgaben war zunächst die verstärkte Meldebereitschaft von Kindeswohlgefährdung auf Grund der auch politisch gewünschten Verlagerung der Jugendamtsarbeit in den präventiven Bereich und die damit im Zusammenhang stehende Hilfestellung. Hinzu kam eine zunehmend komplizierter werdende Konstellation der Einzelfälle, die eine immer zeitintensivere Hilfestellung benötigten. Dieser ressourcenbindende Umstand erforderte den Einkauf von Fachleistungsstunden, zumal der Stellenanteil der Familienhelferin / des Familienhelfers nicht nachbesetzt wurde.

Die Ausgaben der Sozialpädagogische Familienhilfe für den durchschnittlichen Zahlfall im Monat konnten leicht gesenkt werden. Jedoch war der starke Anstieg der durchschnittlichen monatlichen Zahlfälle von 50 auf rd.68 ausschlaggebend für die Mehrausgaben in Höhe von 144.521,-€.

Die Mehrausgaben für ambulante Maßnahmen der Eingliederungshilfe für Minderjährige betragen rd. 96.000,- €. Die Anzahl der durchschnittlichen monatlichen Zahlfälle ist nicht angestiegen. Vielmehr liegt der Grund in den einzelnen Fallkonstellationen mit multiplen Problemstellungen, die eine Erhöhung der Anzahl der Fachleistungsstunden zur Folge hatte.

Insgesamt belief sich der zusätzlich Zuschussbedarf des Budget 51 auf 942.439,76 €.

gez. Waldemar Herder